Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich) der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin:	Mittwoch, 18.04.2018
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:45 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL	
reguläre Mitglieder	
Frau Bettina Böttcher - SPD	
Frau Alexandra Klusmann - SPD	
Herr Steffen Rink - SPD	Vertretung für: Frau Erika Lotz-Halilovic
Herr Ulrich Severin - SPD	
Herr Winfried Kissel - CDU	
Herr Stephan Muth - CDU	
Frau Runhild Piper - CDU	
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	bis 18:15
Frau Renate Bastian - Marburger Linke	Vertretung für: Frau Elisabeth Kula
Herr Jonathan Schwarz – Marburger Linke	Vertretung für: Herrn Roland Böhm
Magistrat	
Oberbürgermeister Herr Dr. Thomas Spies - SPD	
Stadträtin Frau Kirsten Dinnebier - SPD	

Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Herr Roland Böhm - Marburger Linke	- entschuldigt -
reguläre Mitglieder	
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD	- entschuldigt -
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke	- entschuldigt -
Frau Gabriele Mensing - BfM	- entschuldigt -

beratende Mitglieder

Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei - entschuldigt -

Verwaltung

Frau Dr. Engel, Frau Lambrecht, Frau Meier, Frau Mösbauer, Herr Höhn (Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters), Herr Schmidt (Protokoll)

Behindertenbeirat

Frau Mayer

Seniorenbeirat

Frau Becker

Gäste

Frau Schwalm (OP), Herr Kling-Böhm

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Dr. Uchtmann, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Zwei Mitglieder des Ausschusses weisen darauf hin, dass, obwohl der Briefumschlag für die Ladung und Übersendung von Sitzungsunterlagen in Papierform ein fristgemäßes Datum des Poststempels trägt, die Beförderung der Unterlagen durch die Post drei bzw. vier Werktage in Anspruch genommen hat.

Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.02.2018

Das Protokoll der vorhergehenden Sitzung wird in der vorliegenden Form genehmigt.

In Bezug auf *TOP 3* der vorhergehenden Sitzung weist Frau Dr. Perabo darauf hin, dass am 16.04.2018 auf Einladung der Fraktion B 90/Die Grünen in Marburg eine Diskussion mit geladenen Gästen aus Politik und Dienstleistern sowie dem 1. Beigeordneten des Landeswohlfahrtsverbands (LWV) Hessen, Herrn Dr. Andreas Jürgens, zum Thema *"Verbesserung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen in den Kommunen"* stattgefunden hat, bei der, ihrer Ansicht nach, die Politik nur gering vertreten gewesen ist. Demgegenüber war die Veranstaltung vielen anderen Ausschussmitgliedern wiederum nicht bekannt.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Perabo zum *TOP Verschiedenes* der vorhergehenden Sitzung erläutert Stadträtin Frau Dinnebier, dass der Fachbereich Kinder, Jugend & Familie mit dem Verein NEO e.V. in Kontakt steht, um Möglichkeiten der Kooperation auszuloten, und verweist darüber hinaus auf die Beantwortung einer diesbezüglichen, zwischenzeitlich gestellten Kleinen Anfrage.
Oberbürgermeister Herr Dr. Spies ergänzt, dass der Verein NEO e.V. aus der Jugendarbeit des Arbeiter Samariter Bunds (ASB) als Träger Freier Jugendhilfe hervorgegangen ist, nachdem der Landkreis Marburg-Biedenkopf in der jüngeren Vergangenheit den seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts bestehenden Vertrag mit dem ASB gekündigt hat. NEO e.V. engagiert sich im Bereich der Sozialpädagogischen Familienhilfe (SPFH) und arbeitet

derzeit in Bestandsfällen.

zu 3 Anträge der Fraktionen

zu 3.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Verbesserung der Situation auf den Lahnterassen Vorlage: VO/5871/2017

Frau Bastian erläutert die Vorlage für die Antrag stellende Fraktion.

Herr Severin berichtet den Anwesenden von einem Vorbereitungstreffen mit dem Ziel einer gemeinsamen Antragsformulierung und schlägt folgende Änderung des Antrags vor:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat soll Gespräche mit den Einrichtungen und Geschäften im Bereich Marburg Mitte (insbesondere dem ASTA, dem Studentenwerk, den Geschäften in den beiden Erlenringzentren) mit dem Ziel führen, dass diese durch Selbstverpflichtung zur Sicherheit und Befriedung in diesem Bereich beitragen.

Die Infrastrukur im Bereich der Lahnwiesen soll weiter verbessert werden. Zur Vermeidung von Vermüllung sollen zusätzliche Abfall- und Glascontainer, sowie Behälter zur Entsorgung von Grillabfällen aufgestellt werden.

Im Bereich der Lahnwiesen sollen außerdem Tafeln angebracht werden, die auf Regeln für die Nutzung des Geländes hinweisen.

Frau Bastian ergänzt die vorgeschlagene Änderung um einen weiteren Absatz:

Der Magistrat wird beauftragt, die vorgeschlagenen Maßnahmen auf ihre Wirkung hin zu beobachten. Darüber hinaus informiert er über die Situation an den Lahnterrassen und die sich dort aufhaltenden Gruppen. Er wird Kontakt zur Universität aufnehmen, um Untersuchungen zum Thema kennen zu lernen und zu initiieren.

Frau Dr. Perabo berichtet aus der Beratung im Jugendhilfeausschuss; Frau Klusmann und Herr Rink berichten aus Kontakten mit dem Marburger Projekt *Einsicht* im Kontext von Angsträumen und Gewaltprävention.

Der Ausgangsantrag und die Änderungsvorschläge werden ausführlichst im Ausschuss diskutiert.

Nachdem die Fraktionen SPD, CDU und FDP/MBL ihren Beitritt zu dem so geänderten Antrag erklären, lässt der stellvertretende Vorsitzende über den geänderten Antrag abstimmen:

Der geänderte Antrag wird mit den Stimmen von Marburger Linke, SPD, CDU und FDP/MBL bei Enthaltung von B 90/Die Grünen ansonsten e i n s t i m m i g zur Annahme empfohlen.

zu 3.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan und Pakistan
Vorlage: VO/6018/2017

Frau Bastian erläutert die Vorlage für die Antrag stellende Fraktion.

Frau Dr. Perabo beantragt, Ziff. 1 Satz 1 des Ausgangsantrags zu ändern und schlägt der Antrag stellenden Fraktion vor, die Änderung zu übernehmen:

1. Der Magistrat appelliert an die Bundesregierung, insbesondere an das Bundesaußenministerium, die Lage der sicheren Herkunftsländer, insbesondere Afghanistans, neu zu beurteilen.

Nach Diskussion dieses Änderungsantrags lehnt die Fraktion Marburger Linke die Übernahme der vorgeschlagenen Änderung ab.

Frau Dr. Perabo beantragt daraufhin, die Ziffer 2 des Ausgangsantrags mit der folgenden Änderung zu formulieren:

2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, auf das Land einzuwirken, die Handlungsspielräume nach § 25 Aufenthaltsgesetz weit zu fassen, um Abschiebungen auch nach Afghanistan und Pakistan zu verhindern.

Der stellvertretende Vorsitzende lässt danach über den ersten Änderungsantrag *(Ziff. 1 Satz 1 des Ausgangsantrags)* abstimmen:

Dieser Änderungsantrag wird mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP/MBL gegen die Stimmen der Marburger Linke und gegen die Stimme von B 90/Die Grünen abgelehnt.

Herr Severin beantragt dann die getrennte Abstimmung zu dem Ausgangsantrag mit dem zweiten Änderungsantrag:

Ziffer 1 des Ausgangsantrags wird mit den Stimmen von Marburger Linke, SPD und B 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU bei Enthaltung von FDP/MBL mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

Ziffer 2 des geänderten Antrags wird mehrheitlich mit den Stimmen von Marburger Linke, SPD und B 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP/MBL zur Annahme empfohlen.

Ziffer 3 des Ausgangsantrags wird mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP/MBL gegen die Stimmen der Marburger Linke und der Stimme von B 90/Die Grünen abgelehnt.

zu 4 Kenntnisnahmen

zu 4.1 Große Anfrage der SPD-Fraktion betr. Trennungskinder in Marburg
Vorlage: VO/3868/2015

Stadträtin Frau Dinnebiert erläutert aus der Beratung und Diskussion im Jugendhilfeausschuss und die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Jugend & Gleichstellung nehmen die Inhalte zur Kenntnis.

zu 4.2 Marburger Aktionsplan zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung - Gesamtübersicht Umsetzungsprozess Anfang 2018

Der stellvertretende Vorsitzende erläutert kurz zur Vorlage und die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Stand des Umsetzungsprozesses zur Kenntnis.

zu 4.3 Bericht zum Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Förderung der Potentiale älterer Menschen für ein aktives selbst-gestaltetes Leben und Unterstützung pflegebedürftiger älterer Menschen durch die Alternspolitik in Marburg Vorlage: VO/5903/2017-1

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies ergänzt den Bericht mündlich im Ausschuss. Das Thema "Erhebung von Bedarfen für den Bereich der Universitätsstadt Marburg" wird diskutiert und weitere Fragen beantwortet.

zu 5 Verschiedenes

Es liegen keine Themen zu diesem TOP vor.

Marburg, 07.05.2018

Dr. Hermann Uchtmann
Stv. Vorsitzender

Peter Schmidt
Protokoll